

Beschluss (vorläufig) 12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 12 Freiheit – Recht – Sicherheit

Text

1 Wir GRÜNE sind eine Partei für Menschen- und Bürgerrechte. Das Recht auf freie
2 Entfaltung der Persönlichkeit, die Versammlungsfreiheit oder die
3 Gleichberechtigung der Geschlechter sind für uns hohe Güter und Maßstab unserer
4 Politik. Parteien, vielfältige engagierte Vereine und Bürgerinitiativen, eine
5 bunte Medienlandschaft und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und
6 Lebensstile prägen diese Errungenschaften in unserer Vielfaltsgesellschaft.

7 Öffentliche Sicherheit trägt dazu bei, dass wir diese Rechte durchsetzen können
8 und sich jede*r frei entfalten kann. Ohne Sorge vor Kriminalität, Anfeindung
9 oder Gewalt zu sein, ist ein großes Stück Freiheit. Deshalb wollen wir einen
10 modernen, handlungsfähigen und zugleich freiheitlichen Rechtsstaat. Dazu gehört
11 Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

12 Wir wollen, dass alle Menschen gleich vom Staat behandelt werden, unabhängig von
13 ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihres
14 Geschlechts, ihrer Religion oder ihrem Bildungsgrad. Um dies zu erreichen,
15 wollen wir die sicherheitspolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz und die
16 Rechte der Menschen gegenüber dem Staat stärken. Dazu zählt für uns auch eine
17 bürgernahe Polizei. Mit der Onlinewache der Polizei haben wir bereits einen
18 einfach zugänglichen Service auf den Weg gebracht, der es ermöglicht, für
19 ausgewählte Delikte, digital Strafanzeige von zuhause aus zu erstatten statt auf
20 einer Polizeidienststelle. Vertrauen kann nur gestärkt werden, wenn auch
21 Transparenz gegeben ist. Daher haben wir den Verfassungsschutz umfassend
22 reformiert, seine Aufgaben transparent und effizient geregelt sowie die
23 Kontrolle durch das Parlament massiv ausgeweitet.

24 Wir wollen das Vertrauen in die Öffentliche Sicherheit auch durch eine
25 faktenbasierte Innenpolitik steigern, zum Beispiel mit Hilfe eines periodischen
26 Sicherheitsberichts. Denn alle Maßnahmen müssen sich an wissenschaftlichen
27 Erkenntnissen orientieren und für die Bürger*innen durch relevante Informationen
28 auch nachvollziehbar sein.

29 Polizei: Bürgernah, transparent und gut ausgestattet

30 Ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur in unserem Land ist die
31 Polizei. Sie steht vor komplexen Herausforderungen. Daher wollen wir das
32 Polizeipersonal nachhaltig aufstocken. Polizist*innen brauchen Entlastung,
33 Tarifangestellte Perspektiven. Mehr Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt
34 werden. Deswegen fordern wir eine Mindeststärke an Polizeibeamt*innen für
35 Rheinland-Pfalz. Dafür ist eine wissenschaftlich fundierte langfristige
36 Gesamtpersonalplanung nötig. Handlungsbedarf sehen wir sowohl bei der
37 Einsatzverpflegung als auch bei der technischen Ausstattung. Nicht selten ist
38 der Erfolg der Polizeiarbeit abhängig von der Häufigkeit und Intensität der
39 Kontrollen. Anlasslose Personenkontrollen allein aufgrund eines phänotypischen
40 Erscheinungsbildes (Racial Profiling) verstoßen unter anderem gegen das

41 Grundgesetz. Wir unterstützen Betroffene dieser Form von langsamer Gewalt durch
42 rechtliche Beratung sowie die Vermittlung an psychosoziale Stellen.

43 Wir GRÜNE setzen auf eine nahbare Bürgerpolizei. Dafür wollen wir das
44 Stellenprofil der Bezirksbeamt*innen ausbauen. Ein guter Draht zur Bevölkerung
45 und vernetzte Akteur*innen im Sicherheitsbereich sind Voraussetzungen für eine
46 erfolgreiche Polizeiarbeit. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte
47 stärken, in denen Vertreter*innen der Kommunen, Ehrenamtliche und Polizei
48 zusammenkommen.

49 Technische Potenziale ausschöpfen

50 Um sich zügig und effizient auf die weitere Digitalisierung vorzubereiten,
51 wollen wir in der Polizei ein professionelles Projektmanagement einführen.

52 Darüber hinaus wollen wir die Onlinewache weiter ausbauen. Sowohl für die
53 Bürger*innen als auch für die Polizei soll die Online-Wache noch besser
54 handhabbar werden. Beispielsweise könnte die Online-Wache auf weitere Delikte
55 ausgeweitet werden.

56 Damit die Polizei im ländlichen Raum nachts schnell viel Personal zum Einsatz
57 bringen kann, wollen wir die Dienststellen baulich und technisch so erweitern,
58 dass sie vorübergehend abgeschlossen werden können. Das führt dazu, dass die
59 Polizei schneller vor Ort ist. Dies darf aber nicht zu einer Verringerung der
60 Dienststärken führen.

61 Soziale Kompetenzen und Transparenz

62 Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland mit einer demokratisch gewählten
63 unabhängigen Beauftragt*en für die Landespolizei. Wir wollen, dass die
64 Beauftragte für die Landespolizei noch bekannter wird. Bürger*innen und
65 Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie Kritik oder Anregungen
66 loswerden wollen. Damit haben wir Transparenz und eine offene Fehlerkultur
67 institutionalisiert. Polizeiliches Fehlverhalten zum Beispiel durch
68 unverhältnismäßige Polizeigewalt oder falsch verstandenen Korpsgeist sollen
69 verhindert werden. Für ein gutes Miteinander soll der*die Beauftragte für die
70 Landespolizei noch stärker als Mediator*in wirken. Außerdem soll der*die
71 Beauftragte mit mehr Mitteln und Personal ausgestattet werden. Insbesondere,
72 wenn kritische Demonstrationen bevorstehen, brauchen wir proaktives Handeln, das
73 der*die Landesbeauftragte* leisten könnte. In diesem Zusammenhang wollen wir
74 GRÜNE prüfen, ob Rheinland-Pfalz ein eigenes Versammlungsgesetz braucht.

75 Die Polizei muss gut ausgebildet und motiviert sein. Bei der Aus- und
76 Fortbildung muss der Fokus neben der fachlichen Weiterentwicklung auf
77 interkulturellen Kompetenzen und Diversität liegen, ebenso auf
78 Demokratiebildung, um rechten Tendenzen bei den Sicherheitsbehörden vorzubeugen.
79 Inhaltliche Kooperationen der Polizeihochschule mit anderen Hochschulen im Land
80 sowie Akteur*innen aus dem Bereich der politischen Bildung und
81 Demokratieförderung möchten wir ausbauen. Darüber hinaus wollen wir den
82 Austausch zwischen angehenden Polizist*innen und anderen Studierenden stärken.
83 Die Kommission Innere Führung beschäftigt sich mit den internen Abläufen und der
84 Führungsverantwortung in der Polizei. Damit sie handlungssicher in allen
85 Situationen ist, wollen wir das Thema Deeskalationsstrategien stärker verankern.

86 Integrative Chancen ergreifen

87 Der Zugang zu Berufen des Staatsdienstes gilt als Schlüsselsymbol gelungener
88 Integration und trägt entscheidend zur Akzeptanz staatlichen Handelns sowie zur
89 Vertrauenssteigerung in die staatlichen Institutionen bei. Wir wollen den Anteil
90 von Menschen mit einem Migrationshintergrund in der Polizei noch weiter deutlich
91 erhöhen und für sie bestehende Bewerbungs- und Einstellungshürden abbauen.

92 Darüber hinaus wollen wir bei den Polizeipräsidiën Integrationsbeauftragte
93 benennen, die Ansprechpartner*innen für Menschen mit einem Migrationshintergrund
94 sowohl innerhalb als auch von außerhalb der Polizei sein sollen. Diese sollen
95 auch zentral die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und
96 Institutionen auf interkultureller Ebene koordinieren.

97 Polizei als gute Arbeitgeberin

98 Die Frauenförderung in der Polizei hat für uns besondere Priorität. Wir brauchen
99 mehr wissenschaftliche Forschung zum Aufstieg beziehungsweise Nicht-Aufstieg von
100 Frauen in der Polizei. Auf Basis dieser Fakten wollen wir die Förderung von
101 Frauen verstärken. Dabei soll Führen in Teilzeit keine Ausnahme mehr sein,
102 sondern gelebte Realität.

103 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf deutlich stärken. Die
104 Polizeiarbeit zeichnet sich durch lange Arbeitszeiten, unvorhersehbare Einsätze,
105 die Arbeit im Wechselschichtdienst und langen Fahrtstrecken in der Aus- und
106 Fortbildung aus. Wir streben den mobilen Arbeitsplatz an, damit die Sacharbeit
107 nach einem Polizeieinsatz auch von zu Hause erledigt werden kann. Ebenso
108 unterstützen wir flexible Modelle der Kinderbetreuung für Dienststellen.

109 Wir GRÜNE kümmern uns auch um die psychische und physische Gesundheit der
110 Polizei. Dies tun wir nicht nur, um die staatliche Fürsorgepflicht zu erfüllen,
111 sondern auch, damit in hitzigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann.
112 Zudem bringt der Polizeiberuf viel Vergeblichkeitserfahrung mit sich. Damit und
113 mit anderen schlimmen Erlebnissen wollen wir Polizist*innen nicht allein lassen
114 und bauen deshalb auf eine proaktive Supervision. Es muss in regelmäßigen
115 Abständen Gespräche geben. Auch die Polizist*innen im Wechselschichtdienst
116 sollen weiter entlastet werden und das Projekt Gesünder arbeiten in der Polizei
117 (GAP) soll weiter optimiert werden.

118 Kriminalität wissenschaftlich bei der Wurzel packen

119 Wir GRÜNE stehen für eine faktenbasierte Sicherheitspolitik. Durch gesicherte
120 Informationen zur Kriminalität wollen wir Falschbehauptungen und rechten Parolen
121 den Nährboden entziehen. Ein gesetzlich verankerter Periodischer
122 Sicherheitsbericht könnte konkrete Hinweise geben, wo genau wir hinschauen und
123 anpacken müssen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet durch ihre
124 Beschränkung auf das Anzeigeverhalten immer nur einen Trend ab, ein periodischer
125 Sicherheitsbericht könnte die Kriminalitätsslage umfassender darstellen. Verortet
126 werden könnte er bei der Hochschule der Polizei, dadurch würde diese auch als
127 Wissenschaftsstandort gestärkt.

128 Wichtig sind auch Studien zu autoritären Entwicklungen in der Gesellschaft und
129 ein zivilgesellschaftliches Lagebild. Uns ist es ein wichtiges Anliegen,
130 Kenntnisse und Daten aus dem Dunkelfeld zu gewinnen. Deshalb ist es uns ein
131 Anliegen m*power die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und
132 antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz anhaltend zu unterstützen. Auch die
133 von uns geforderte Studie zu Rassismus in Rheinland-Pfalz begrüßen wir.

134 Bürgerrechte und Prävention

135 Die Polizei in Rheinland-Pfalz soll handlungsfähig bleiben. Dafür braucht sie
136 effektive Befugnisse. Wir GRÜNE achten stets auf Bürgerrechte und
137 Verhältnismäßigkeit bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Die
138 Onlinedurchsuchung wird kaum genutzt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht
139 einhaltbar sind. Wir wollen diese Regelung daher streichen. Rechtlich kritisch
140 sehen wir auch die Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz der Bodycam in
141 Wohnungen, weil damit ein massiver Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung
142 verbunden ist. Zudem positionieren wir uns gegen die biometrische
143 Gesichtserkennung und die massive Ausweitung der Videoüberwachung.

144 Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir halten an unserem Grundsatz fest:
145 Prävention ist besser als Repression. Deswegen unterstützen wir präventive
146 Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme, das Erlernen gewaltfreier Kommunikation
147 und die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Zudem soll ein bewusster
148 Umgang mit Opfern bei der Aufarbeitung helfen. Dabei haben wir insbesondere die
149 Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen und sexualisierter Gewalt im
150 Auge. Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen
151 sozialen Beziehungen (RIGG) sowie das High Risk Management bei Fällen von
152 häuslicher Gewalt bringen alle Verantwortlichen an einen Tisch. Polizei,
153 Gerichte, Jugendämter, Frauenhäuser und Täterarbeitseinrichtungen kooperieren
154 eng miteinander, um häusliche Gewalt frühzeitig zu erkennen, rechtzeitig zu
155 verhindern und Opfern zu helfen. Die bestehenden Angebote wollen wir um eine
156 Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer
157 ergänzen.

158 Ein effektiver polizeilicher Informationsaustausch mit Kolleg*innen aus anderen
159 Bundesländern ist genauso wichtig wie ein internationaler Austausch zwischen
160 Strafverfolgungsbehörden. Wir GRÜNE unterstützen die Schaffung notwendiger
161 Strukturen und setzen dabei auf Datensparsamkeit und Transparenz. Datenabfragen
162 müssen verfolgbar sein, um Missbrauch zu verhindern. Datenschutz ist kein Stein,
163 der in den Weg einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gelegt wird, sondern eine
164 grundrechtssichernde Voraussetzung, die eine Gefahrenabwehr erst ermöglicht. Die
165 Aufbereitung, Auswertung und Analyse von Daten aus polizeilichen Systemen kann
166 den Polizist*innen wichtige und notwendige Erkenntnisse liefern, um auf
167 zielgerichtete Maßnahmen und genaue Lagebeurteilungen vorzunehmen. Wie in allen
168 polizeilichen Bereichen müssen auch hier die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit
169 und Transparenz gelten. Grundlegende Bürger*innenrechte und der Schutz der
170 Privatsphäre müssen gewahrt werden und dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt
171 werden. Unter dem Aspekt der digitalen Souveränität sollen Sicherheitsbehörden
172 Analysesoftware zukünftig selbst mitentwickeln und mit europäischen Anbietern
173 zusammenarbeiten.

174 Sportliche Großveranstaltungen müssen sicher sein. Das ist für uns GRÜNE klar.
175 Dafür muss die bisherige Praxis der Datenerhebung „Szenekundiger Polizeibeamter“
176 (SKB-Dateien) auf den Prüfstand, um mehr Transparenz, Datenschutz und
177 Wirksamkeit zu erreichen. Betroffene der Datenspeicherung sollen bei einer
178 Eintragung benachrichtigt werden, damit sie Rechtsschutz geltend machen können.
179 Eine Benachrichtigungspflicht entfaltet gleichzeitig präventive Wirkung für mehr
180 Sicherheit im Stadion. Die Datei „Gewalttäter-Sport“ ist hingegen unpräzise. Wir
181 wollen diese unnütze Verbunddatei abschaffen.

182 Für die Abwehr von Gefahren ist auch der Kommunale Vollzugsdienst zuständig. Wir
183 wollen den Kommunalen Vollzugsdienst reformieren. Dazu gehört eine
184 Neuaufstellung der Ausbildung und eine neue Definition des Berufsbildes.

185 Eine nachhaltigere Wissensvermittlung kann einen besseren Schutz für die
186 öffentliche Sicherheit in den Kommunen garantieren. Gleichzeitig sollen der
187 Kommunale Vollzugsdienst und die Polizei weiter eigenständige, unterscheidbare
188 Instanzen bleiben. Eine Aufrüstung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Distanz-
189 Elektroimpulsgeräten lehnen wir ab.

190 Verfassung schützen

191 Feinden unserer demokratischen Grundordnung sagen wir weiter den Kampf an. Dazu
192 gehört eine intensive Präventionsarbeit, beispielsweise gegen islamistischen und
193 rechten Terror. Es darf gar nicht erst zu Hinwendungsprozessen zu
194 extremistischen Ideologien kommen. Prävention von demokratie- und
195 menschenfeindlichem Extremismus ist deshalb eine wichtige pädagogische und
196 sozialpädagogische Arbeit - aber auch eine gesamtgesellschaftliche
197 Querschnittsaufgabe und Verantwortung. Sie muss schon in Kindergärten und
198 Schulen beginnen und wird ergänzt durch vielfältige, staatliche und
199 zivilgesellschaftliche Programme, Projekte und breite Bildungsarbeit. Es ist
200 hierbei wichtig, dass Projekte und Strukturen der Präventionsarbeit direkte
201 Kompetenzen und Ressourcen von jungen Menschen fördern und stärken, über
202 extremistische Einstellungen aufklären und Demokratienbildung leisten.
203 Gleichzeitig möchten wir auch die Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit
204 erhalten, die wichtige Beratung und Betreuung leistet. Präventions- und
205 Interventionsarbeit zu fördern und zu koordinieren ist ein wichtiger Beitrag zum
206 Erhalt und zum Ausbau unserer demokratischen Gesellschaft.

207 Der Verfassungsschutz ist ebenfalls Teil der Sicherheitsstruktur in Rheinland-
208 Pfalz. Als Frühwarnsystem dient er dem Schutz unserer Werte wie Freiheit,
209 Gleichheit, Vielfalt und Toleranz. Wir haben den Landesverfassungsschutz
210 umfassend reformiert und die parlamentarische Kontrolle massiv ausgeweitet. Die
211 Befugnisse des Verfassungsschutzes haben wir transparent geregelt und angepasst.
212 Wir werden die Umsetzung des neuen Landesverfassungsschutzgesetzes kritisch
213 begleiten. Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen eng mit dem Bund und
214 den Ländern zusammenarbeiten.

215 Justiz zeitgemäß weiterentwickeln

216 Eine wesentliche Säule unseres freiheitlichen Rechtsstaats ist die Justiz. Wir
217 setzen uns für gut ausgestattete Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, für die
218 Unabhängigkeit von Justiz und selbstverwalteter Anwaltschaft, für die
219 Objektivität von Staatsanwaltschaft und Polizei ein. Für uns ist zentral, dass
220 alle den gleichen Zugang zum Recht haben und dass die Justiz als dritte Gewalt
221 unabhängig vom Justizministerium ist.

222 Dazu wollen wir das Einzelfallweisungsrecht des Justizministeriums gegenüber der
223 Staatsanwaltschaft abschaffen. An den Gerichten haben wir neue Stellen
224 geschaffen und die eAkte eingeführt. Mehr Rechtspfleger*innen und
225 Justizwachtmeister*innen werden die Funktionsfähigkeit der Gerichte und die
226 Sicherheit in den Gerichtsgebäuden gewährleisten. Diesen Personalaufwuchs wollen
227 wir weiter voranbringen. Wir wollen, dass neue Aufgabenfelder, wie
228 Cyberkriminalität, bereits in der Polizei aber auch bei den Staatsanwaltschaften

229 und Gerichten mit den benötigten Ressourcen bearbeitet werden können. Damit
230 sollen Verfahren so zügig wie möglich erledigt werden. Wir setzen uns für
231 energetisch sanierte Justizgebäuden ein. Dafür wollen wir ein
232 Justizgebäudesanierungsprogramm auflegen.

233 Wir statten die Richter*innen und Staatsanwält*innen und Rechtspfleger*innen mit
234 den benötigten digitalen und analogen Arbeitsplätzen aus. Dort wo Amtsermittlung
235 herrscht, wollen wir im Rahmen eines Modellversuchs die Richter*innen durch
236 Ermittlungshilfskräfte entlasten. Die Vergabe von Gutachtenaufträgen wird
237 aktuell kritisch diskutiert. Wir wollen, Mindestanforderungen für
238 Gutachter*innen entwickeln lassen und ein gemeinsames Monitoring für
239 Gutachtenersteller*innen führen, um Auffälligkeiten justizintern untersuchen zu
240 können. Wir unterstützen die aktuelle justizinterne Fortbildung - die Teilnahme
241 hieran soll auch bei Beurteilungen förderlich sein. Dort wo überregionale
242 Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sinnvoll ist, unterstützen
243 wir diese und fördern damit Gerichtsstandorte im ländlichen Raum. Und
244 schließlich wollen wir auch in der Justiz die Vereinbarkeit von Familie und
245 Beruf weiter fördern.

246 Für einen humanen Strafvollzug

247 Wir GRÜNE stehen für einen humanen und auf Resozialisierung ausgelegten
248 Strafvollzug, in dem Menschen befähigt werden, ein straffreies Leben in sozialer
249 Verantwortung zu leben. Hierzu gehören Ausbildungsangebote während der Haftzeit
250 und eine gute Kooperation mit den Agenturen für Arbeit. Durch eine frühzeitige
251 Unterbringung im offenen Vollzug können bei dafür geeigneten zur Freiheitsstrafe
252 Verurteilten soziale Beziehungen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Damit
253 das gelingt, wollen wir GRÜNE die Kapazitäten im offenen Vollzug ausbauen. Ein
254 besonderes Augenmerk legen wir auf das Übergangsmanagement. Nach abgesessener
255 Strafe soll der Start in die Freiheit möglichst reibungslos verlaufen, um
256 Rückfälle zu vermeiden. Durch engmaschige Betreuungsangebote vor, nach und
257 während der Haftzeit kann der Übergang verbessert werden. Damit der Übergang in
258 ein Leben ohne Kriminalität oder Obdachlosigkeit gelingt, braucht es nach der
259 Haft bestmögliche Unterstützung, insbesondere bei der Wohnungssuche, bei der
260 Suche nach einer Arbeitsstelle oder beim Schuldenabbau. Wir setzen uns dafür
261 ein, dass die Angebote der unterschiedlichen Hilfesysteme besser vernetzt
262 werden. Die Bewährungshilfe und die freie Straffälligenhilfe wollen wir
263 aufwerten und die Ehrenamtlichen besser begleiten und fortbilden. Den
264 Justizvollzug wollen wir durch mehr Personal entlasten und
265 Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden. Im Bereich der Jugendkriminalität verfolgen
266 wir einen pädagogischen Ansatz. Wir wollen die Häuser des Jugendrechts in den
267 Regionen stärken und ausbauen. Dort sitzen Polizei, Justiz und soziale Träger an
268 einem Tisch, um delinquente Jugendlichen zu unterstützen. Wir wollen zudem die
269 Diskussion über die Einrichtung zusätzlicher Jugendarrestplätze für den Norden
270 von RLP anstoßen.

271 Feuerwehr und Hilfsorganisationen stärken

272 Für die Sicherheit in unserem Land sorgt auch die haupt- und ehrenamtliche
273 Feuerwehr. Ihre Angehörigen bilden das Rückgrat des Brand- und
274 Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz. Eine sehr große Mehrheit der
275 Feuerwehrkräfte sind ehrenamtliche Aktive. Ihr Engagement wollen wir GRÜNE
276 weiterhin fördern, um eine effektive Gefahrenabwehr zu garantieren. Insbesondere

277 wollen wir Nachwuchs gewinnen und Frauen fördern, damit die Feuerwehr auch in
278 Zukunft gut aufgestellt ist. Neben der Feuerwehr sorgen der hochkompetent
279 aufgestellte Rettungsdienst und die Hilfsorganisationen für die öffentliche
280 Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Wir müssen attraktive Rahmenbedingungen für
281 Ehrenamtliche und Nachwuchskräfte bieten. Da sie einen Teil der staatlichen
282 Daseinsfürsorge leisten, können sie auf eine Unterstützung durch uns GRÜNE
283 zählen. Maßnahmen, die dem Schutz und der kontinuierlichen Qualifizierung der
284 Rettungskräfte dienen, haben für uns eine hohe Priorität.